

Antrag

**der Abgeordneten Cansu Özdemir, Christiane Schneider, Kersten Artus,
Tim Golke, Norbert Hackbusch, Dora Heyenn, Heike Sudmann
und Mehmet Yildiz (DIE LINKE)**

**Haushaltsplan-Entwurf 2013/2014
Einzelplan 4**

Betr.: Verstetigung der Integrationsarbeit

Die Stärkung einer integrativen Gesellschaft ist eine ressortübergreifende Daueraufgabe. Eine wichtige Rolle darin spielen die Hamburger Integrationszentren. Sie leisten Beratungen in verschiedenen Sprachen und Begleitung für Menschen mit Migrationshintergrund in allen wichtigen Lebensbereichen und bieten Sprach- sowie Alphabetisierungskurse an. Weiterhin führen sie Informationsveranstaltungen, Projekte und Workshops zu verschiedenen Themen durch. Dabei kooperieren sie mit anderen spezifischen Einrichtungen und vernetzen sich im Bezirk und hamburgweit.

Mit den Hamburger Integrationszentren existiert an 17 Standorten somit ein niedrigschwelliges, sozialräumliches Angebot, das lebenspraktisch dazu beiträgt, Benachteiligungen von Menschen mit Migrationshintergrund auszugleichen und somit den sozialen Frieden in Hamburg zu stärken.

Im Vergleich zum Ansatz 2012 ist für die Jahre 2013/2014 keine Veränderung sichtbar. Unter dem Titel 4110.684.11 bleibt die Summe 2.3001.000 Euro unverändert veranschlagt.

Bisher werden die Träger von der Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration als Zuwendungsempfänger gefördert und können deshalb keine langfristige Planung machen. Da auch die Integrationszentren von den Tarifsteigerungen betroffen sein werden, könnte damit die reguläre Arbeit gefährdet sein. Um dies zu verhindern, müssen die Integrationszentren als wichtiger Bestandteil der Integrationsarbeit unter Berücksichtigung der Tarifsteigerungen sowie Mieterhöhungen in die Regelförderung aufgenommen werden.

Die Bürgerschaft möge beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

die Integrationszentren in die Regelförderung aufzunehmen, wobei die Tarif- und Mieterhöhungen zu beachten sind.